

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Amtsblatt

Verlagshaus: Riesner Verlag, Bismarckstraße 11a, Dresden

Verlagshaus: Leipzig 11000, Bismarckstraße 11a, Dresden

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 172.

Dienstag, 29. Juli 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkammer vierwöchentlich 4,80 Mark, monatlich 1,20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundrheintafel (7 Spalten) 40 Pf., Zeitraube und taubstiller Satz 50 Pf., Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feine Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontrakt gedr. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Die zehnjährige Unterhaltungsbeilage "Erähler der Erde". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: D. S. Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Lehmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bekanntmachung über die Erhöhung der Staatsgrundsteuer für den zweiten Termin 1919;
vom 26. Juli 1919
Nr. 1598 Steuerreg. A.
Grundstückbesitzer werden darauf hingewiesen, daß nach § 8 des Gesetzes über einen Nachtrag zu dem Finanzgesetz auf die Jahre 1918 und 1919 vom 19. Juli 1918 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 158) die am 1. August 1919 fällige Staatsgrundsteuer für den 2. Termin 1919 mit 6 Pfennigen (anstatt mit 4 Pfennigen) von jeder Steuereinheit zu entrichten ist.
Finanzministerium, IV. Abteilung.
8245

Abgabe von Zuder an Kinderbrennstelle zu herabgesetzten Preisen.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 26. Juli 1919, Abgabe von Zuder an Kinderbrennstelle zu herabgesetzten Preisen — Riesner Tageblatt Nr. 170 vom 26. Juli 1919 — geben wir hiermit bekannt, daß ein jeder zur Ausgabe gelangender Gutschein 80 Pfennige — nicht 50 Pfennige, wie sich verehrlich Druckstücke darunter befanden haben — beträgt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 29. Juli 1919. Dum.

Nationalversammlung.

Präsident Lehmann eröffnet die Montag-Sitzung 2 Uhr 30 Min. Fortsetzung der politischen Aussprache.

Abg. Lohse (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden. Abg. Schulz-Bromberg (D. Sp.) erhebt dagegen Widerspruch. Abg. Hausmann (Dem.): Wir stimmen dem Antrag Lohse zu. Der Antrag Lohse wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister des Innern Dr. David: Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verlängerung und für seinen Verfall bewegt heute alle Teile unseres Volkes aufs tiefste. Deshalb hat die Regierung den Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofes so rasch als möglich verabschiedet wird. Auch die Richterstelligen haben ein Interesse daran, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingerichtet wird. Er gewährt ihnen einen gewissen Schutz gegen den Druck eines einseitig zusammengesetzten Untersuchungsorgans. Ein Antrag Lohse wünscht die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheimdokumente. Die Regierung hat zu erklären, daß die Veröffentlichung aller dieser Dokumente in umfassender Weise vorbereitet ist. Die den Waffenstillstand betreffenden werden schon in den aller-nächsten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden schon in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für Einzelne schmerzhaft und folgenreicher sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen. (Beifall.)

Grote (Dem.): Wir erblicken in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach innen und außen und verteidigen deshalb aufs schärfste die republikanische Staatsform. (Anhaltender lebhafter Beifall.) Die Mitteilungen Erzbergers über die Kapitulation haben uns wohl alle erschüttert. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note an den Papst, die Minister Erzberger nicht mitgeteilt hat, sogleich bekanntgegeben wird. Daß der Czerninische Bericht seinen Eindruck gemacht hat, ist ein Zeugnis vollkommenster politischer Urteilslosigkeit. Die Wendung des Krieges im Jahre 1917 hätte uns 500 000 bis 600 000 unserer besten Säbne gespart. Es kommt hinzu, daß nicht im Herbst 1917, sondern schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit geboten war durch den Präsidenten Wilson. Auch die Weisheit des Reichstages trägt hier eine Mitschuld. Im Haushaltsausschusse ist auf Antrag Großer Beschlüsse worden, die Entschädigung über den U-Bootkrieg als eine rein militärische Sache allein durch die militärischen Abteilungen vorzunehmen. Wer den Willkürlichen nicht entgegengetreten, hat die Revolution gemacht. Aus unserer jammervollen Lage können wir nur durch würdige Jurisdiction herauskommen. Druckdrängen an den Völkerbund sollten wir uns nicht. So lange er die Bestimmung hat, daß er nur durch einstimmigen Beschluß geändert werden kann, bleiben wir ihm vorläufig besser fern. Wir hoffen, daß die sittliche Kraft unseres Volkes die Kräfte wieder überwinden wird.

Minister des Innern Müller: Die Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruches befinden sich im Druck. Es kann selbstverständlich nicht davon die Rede sein, daß Deutschland der Alleinschuldige ist, ebensowenig aber, daß die Zentralmächte schuldlos sind. Ich habe veranlaßt, daß die Vorgänge, welche über die Note des Runtius und die Antwort des Reichskanzlers Michaelis im Auswärtigen Amt vorhanden sind, festgestellt und in eurem Bericht unterbreitet werden. Für heute nur folgendes: Das Schreiben des Runtius ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. Die Frage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben, sie hatte kein Datum. Der Minister verliest das Schreiben (von uns weiter unten abgedruckt, D. U.) und fährt fort: Aus diesem Schreiben geht zur Evidenz hervor, daß die deutsche Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. Dritterlei stelle ich fest: Erstens daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Note Michaelis und von dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat, zweitens daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde und drittens daß die Antwort des Reichskanzlers Dr. Michaelis genau das Gegenteil einer deutschen präzisen Erklärung war. Im Falle Warheim wende ich mich gegen die Haltung der Buße von 1 Million Franzosen durch die Stadt Berlin auch heute noch, obwohl die französische Regierung inzwischen erklärt hat, sie werde das Geld dem Vollen Kreuz zuzummen lassen. Wir erkennen die Forderung nicht als berechtigt an, da demütiges niemals unter jählichen Willen üblich war. Ueber die Vorgänge, welche zur Ermordung Warheims führten, ist eine Untersuchung im Gange, deren Ergebnis ich abwarten werde.

bin entgegen der Behauptung meiner Gegner dem Völkerverbund nicht nachgelassen. Ich habe ausdrücklich festgestellt, daß dieser Völkerverbund ein Bund der Kriegstatabinette ist. Ich habe allerdings an die Völker appelliert, für eine bessere Ausgestaltung des Völkervertrages zu wirken, denn darin erblicke ich die einzige Hoffnung auf die notwendige Revision des Vertrages. Ich werde meine Politik entsprechend meiner Programmrede weiterführen, solange ich das Vertrauen der Mehrheit beides Hauses hinter mich weiß.

Im weiteren Verlauf der Sitzung geht Abg. Schulz-Bromberg (D. Sp.) auf Erzbergers Behauptungen ein und führt die Erklärungen englischer Minister an, wonach England nie ein Friedensangebot gemacht.

Ministerpräsident Bauer wendet sich darauf gegen die Denunziationen und verteidigt Erzberger. Er richtet Vorwürfe gegen den Reichskanzler Michaelis, der die Vermittlung des belgischen Stuhles verhindert habe. Er führt dabei ein Schreiben Michaelis an Ludendorff und die Antwort des Generalfeldmarschalls ein, in welchem dieser die Rückkehr des belgischen Stuhles zum Zwecke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes fällig und die Waastrime, sowie engen wirtschaftlichen Anstuf Belgiens an Deutschland gefordert habe.

Schließlich ergriff nochmals Finanzminister Erzberger das Wort. Er beklagt abermals die Parteien der Rechten, die Oberste Herrschaft und den Reichskanzler Michaelis, die Verhandlungen verhindert zu haben. Die Revolution trage keine Schuld am Zusammenbruch Deutschlands. Alle Vorwürfe, die gegen ihn erhoben worden seien, seien zusammengebrochen. Wenn die Rechte den Kampf wolle, so nehme er ihn auf. Mit einer scharfen Kampfanlage gegen rechts schließt Erzberger seine Ausführungen unter stürmischem Beifall der Mehrheitspartei und Mischen der Rechten.

Nach weiteren Bemerkungen des Landwirtschaftsministers wird die Sitzung auf Dienstag vormittag vertagt.

Das englische Telegramm an den Papst.

Der nunmehr veröffentlichte Text des englischen Friedensführers beweist, daß Erzberger vollkommen die Lasten verdreht, wenn er den Anschein einer englischen Friedensaktion erweckt. Das englische Telegramm ist eine mehr als zurückhaltende Antwort auf die Friedensanregung, die vom Vatikan ausging. Es lautet:

Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note seiner Heiligkeit zu besorgen und sind nicht in der Lage, uns über eine Verantwortung der Vorkläge seiner Heiligkeit, betreffend Bedingungen zu einem dauernden Frieden, zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind und durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung und den Grauen, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens und in den Punkten, wo die Zentralmächte anerkennen, im Unrecht zu sein, ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden wieder gut zu machen, die sie haben erdulden lassen. Seiner Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Vorklägen in Verantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Österreich noch von Deutschland ist jemals eine solche eindeutige Erklärung erfolgt. Versuche, die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint solange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen die Ansichten auseinandergehen.

Graf Wedel zu Erzbergers Enthüllungen.

Politiker Graf Wedel fandte der Hauptredaktion des "Damburger Nachrichten" folgende Mitteilung: Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichtes zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Briefe des Grafen Czernin zeigt es deutlich, daß Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und die schwerste Indiskretion begangen. Er kam nach Wien, um mit mir, um mir Rechenschaft über sein Vorhaben abzulegen. Er war damals ganz vernünftig und sah keinen kolossalen Fehler ein. Es bedeuert über diesen Vorgang nicht nur die Briefe Hohentolbs, sondern auch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Erzberger bedenken. Staatssekretär Rühlmann weiß auch die Wahrheit.

Rühlmann lehnt eine Stellungnahme ab.
Auf eine Anfrage bei Herrn v. Rühlmann, ob er zu den Neuierungen des Generals Ludendorff seinerzeit Stellung

nehmen wolle, antwortete er mit der folgenden Erklärung: Das verantwortliche Reichskabinett ist meiner Ansicht nach unzuständig, um zu befinden, was über wichtige diplomatische Vorgänge in der nächsten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte mich für Publikationen über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des auswärtigen Ministeriums nicht für befugt, möchte auch ihren Nutzen für unsere Gesamtpolitik bezweifeln. Eine weite Klärung wird wohl nur möglich sein durch ein Verfahren wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante, bei dem an der Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden können. Czernin über Erzbergers Enthüllungen.

Der Wiener Korrespondent Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm aus Grundlsee zugegangen: Soweit ich aus den Aussagen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungenügend wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt. Dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in dem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verhandlungsfrieden, wenn auch mit Opfern zu gelangen. Von einer nicht verantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Erzberger übergeben, der ihn nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich stellen, daß Erzberger dem Vorgang und der begründeten Hebrzeugung war, im Sinne seiner Austraggeber zu handeln, als er die freigegebenen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorhaben Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung, wie vieles andere gar nicht erwähnte, durch Dokumente beweisen, die in meinem Besitze sind. Ich erfahre von der Hebrzeugung eines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die von Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder seiner ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Umfang ich erst 1 Jahr später entdeckte und die meine Demission veranlaßte. Mein demnach über den Weltkrieg erziehendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Die Friedensbemühungen Czernins.

Der Schriftsteller Ramal veröffentlicht Mitteilungen über ein Gespräch, das er im März d. J. mit dem Grafen Czernin über dessen Friedensbemühungen hatte. Graf Czernin teilte ihm mit, daß er noch vor Eintritt Rumänien in den Krieg sich lebhaft bemüht hatte, den Frieden herbeizuführen. Feldmarschall Conrad von Höbendorf war durchaus der Czerninischen Ansicht, erklärte aber, daß die Schaffung eines Friedens die Sache der Diplomaten wäre. Graf Czernin setzte für seine Friedensbemühungen voraus, daß der Frieden auf der Grundlage des Status quo ante bellum geschlossen werden müsse. Aber damals war der Status quo nicht mehr herzustellen, die Entente wollte nicht. Seine späteren Bemühungen sind an Ludendorff gescheitert, oder daran, was man den Ludendorffkreis nennt. Je besser die Dinge militärisch zu stehen schienen, desto weniger wollte man auf deutscher Seite auf einen Frieden ohne Eroberungen eingehen. Schwankte die Lage ein wenig, so war man höchstens bereit, aber dies nur höchstens, auf einen Frieden mit unverändertem Besitzstand einzugehen. Von Opfern wollte man keinesfalls etwas wissen. Ueber die Vorkläge, die Graf Czernin zur Herbeiführung eines Friedens machte, teilte er mit: Ich bot Galizien zur Angliederung an Polen an, der deutsche Kaiser sollte Adnig von Polen werden, aber Deutschland sollte sich von Ost-Preußen trennen, mit einem Wort: Ich war bereit, das Kriegsoffer der Monarchie zahlen zu lassen, wenn nur ein Frieden durchzusetzen war. Ludendorff aber lehnte ab. In Breslau wurde ich für den Verhandlungsfrieden ehrlich und überzeugt, aber was half mir damals mein Versöhnliche? Konnte ich die deutsche Front auflösen, die von Riga bis ans Schwarze Meer reichte? Ich bin in Breslau-Vitovitz die Miniaturausgabe von Wilson gewesen, leitete ich mit Wilson den Willen zum Verhandlungsfrieden und doch kommandierte die Front, die der Präsident nicht auflösen kann.

Ein Urteil des "Vorwärts".

Zu der Mitteilung, daß Reichskanzler Dr. Michaelis auch dem Vizekanzler v. Pappe das Friedensangebot der Entente verheimlicht hat, schreibt der "Vorwärts": Durch diese Mitteilung wird das vernichtende Urteil über die Hebrdiplomatie des Herrn Dr. Michaelis bekräftigt. Dieser Mann hat sich unterhandelt, den wichtigsten Schritt in der diplomatischen Kriegsgeschichte vollständig auf eigene Faust nur im Einvernehmen mit der kleinen hinter ihm stehenden Klauke von Kriegstreibern zu tun. Dies liegt das eigent-